

Baruther Anzeiger

Beitrag mit amtlichem Publikations-Recht für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Paplitz und Radeland

Erscheint Montag, Mittwoch und Freitag abend für den folgenden Tag. Bezugspreis freibleibend für den Monat eine Goldmark.
Schriftleiter: Johannes Särchen, Baruth (Markt).
Festrediger Nr. 17. Postfachkonto: Berlin Nr. 345 40.
Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen usw. hat der Bezogler keinen Anspruch auf Lieferung des „Baruther Anzeiger“ oder auf die Erfüllung des Bezugsbetrags.
Mittwoch: Unterhaltungsbeilage „Der Familienfreund“.



Anzeigenpreis: Die sechsgehaltene Kleinzeile (45 mm) 15 Goldpfennig, die dreizehngelaltene Kleinzeile (90 mm) 40 Goldpfennig. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt nach unserem Tarif.
Druck und Verlag: Bahndruckerei J. Särchen, Baruth (Markt).
Für Anzeigen an vorgelegten Stellen, ferner für unentgeltlich geschriebene Manuskripte und Anzeigen durch den Festrediger kann keine Gewähr geleistet werden.
Sonntags: Die illustrierte Sonntagsbeilage.

Nr. 8

Sonnabend, den 18. Januar

1930

Noch Schwierigkeiten in der Mobilisierungsfrage.

Haag. Am Mittwoch haben sich Professor Moldehauer und Chéron, der französische Finanzminister, bis 2 Uhr nachts über das sogenannte Gentlemen-Agreement unterhalten. Es handelt sich dabei um die Frage der Mobilisation. Diese Besprechungen sind am Donnerstag weitergegangen.

Die gesamte amerikanische Presse, die im Haag vertreten ist, hat den Notenwechsel über die Sanctionen als eine „neue Unterwerfung Deutschlands“, oder, wie ein führender amerikanischer Journalist getadelt hat, eine neue evidente Niederlage, aufgefaßt.

Die Sanctionsfrage ist so geregelt: Für den Fall der Zerbrüchung des Young-Plans, d. h. für den Fall, daß ein Wille zu Handlungen vorhanden ist, die den Young-Plan außer Kraft setzen sollen und die anerkannt ist vom Haager Ausschuss, kann Frankreich allein einmarschieren. Ohne Kriegserklärung, und ohne, daß Deutschland dagegen protestieren darf, wenn es nicht zum zweiten Male vertragsbrüchig werden will.

Dr. Dörpmüller im Haag.

Bei den Besprechungen über die Mobilisation stellte der Reichsfinanzminister fest, daß das Reich bis zum 1. Oktober 1930 keine Anleihe wolle, daß er aber für die Reichspost und für die Reichsbahn solche Verpfändungen nicht geben könne. Infolge dessen ist der Reichsbahnpräsident Dr. Dörpmüller nach dem Haag gekommen.

Die offizielle Schlussföhung.

In der bei den Delegierten das viele hundert Seiten starke Protokoll der Haager Konferenz unterzeichneten werden, findet am Sonnabend nachmittag statt. Dieses Protokoll wird in einer langen Formulierung alles zusammenfassen, was zwischen Deutschland und den Gläubigerstaaten im August und in der zweiten Haager Konferenz vereinbart worden ist. Es wird die im August angenommene politische Formel für die Währungsdrückung und die Kontrolle enthalten. Weiter wird in dem Protokoll der Young-Plan enthalten sein in vollem Wortlaut einschließlich der zahlreichen Gegengewichte des Statuts für die Internationale Tributbank und einschließlich aller Vereinbarungen, die über die finanzielle Frage zwischen Deutschland und den Gläubigerstaaten getroffen sind. Endlich wird dieses Protokoll auch die in der Beratung der sechs Mächte vereinbarte Formulierung über die Sanctionsfrage umfassen.

Jetzt steht jetzt, daß die Saarfrage auf der Haager Konferenz nicht zur Verhandlung kommt, obwohl die Ergebnisse der bisherigen deutsch-französischen Pariser Saarverhandlungen eine direkte Verständigung zwischen dem französischen und dem deutschen Außenminister über die grundsätzlichen Probleme der Saarfrage notwendig machen.

Reichstag am 23. Januar?

Der Vorkonferenz des Reichstages wird am Sonnabend, dem 18. Januar, vormittags 10½ Uhr zusammengetreten, weil die Einberufung des Reichstages auf Donnerstag, den 23. Januar, geplant ist.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion trat am Donnerstag um 11 Uhr im Reichstag zu einer Sitzung zusammen, die sich mit den Haager Verhandlungen und insbesondere mit dem Vorgehen des Reichsbahnpräsidenten Dr. Schacht befaßten sollte. Die übrigen Reichstagsfraktionen haben bisher keine Stellungnahme zu den Haager Verhandlungen in Aussicht genommen.

Das Echo in Paris.

Paris. Der Hauptteil der Haager Kommentare in der französischen Presse nimmt die deutsche Annahme der französischen Sanctionsformel ein. In allen Zeitungen wird die Lösung als ein großer unbeherrschbarer Erfolg für Frankreich bezeichnet. Die Chicago Tribune schreibt, daß die neue Sanctionsformel im Gegensatz zum Artikel 430 des Versailler Vertrages wirklich fähig habe. Sie gebe Frankreich das Recht zu einem unabhängigen Vorgehen. Auch von den in London im Jahre 1924 von Herriot gemachten Besprechungen, keinen neuen Ausbruchfall zu unternehmen, habe sich Frankreich dadurch freigemacht. Deutschland habe sich einverstanden erklärt, die Franzosen kommen und nehmen zu lassen. Bertram schreibt im Echo de Paris: Nach einer fünfjährigen Außenpolitik, reich an Irrtümern und Abschweifungen, ist das erreicht worden, was erreicht werden konnte, und der Führer der französischen Delegation muß beglückwünscht werden, das Maximum erzielt zu haben.

Das Journal erklärt die jetzige Lösung für weit besser als eine einfache Rückkehr zum Versailler Vertrag. Selbst der englische Schatzkanzler Snowden sei zunächst zurückgezogen, als Sardius darauf hingewiesen habe, daß Frankreich dadurch seine Handlungsfreiheit in Krisenfällen zurückhalten habe.

Abschluss der Völkerverdratsstung.

Genf. Der Völkerverdrat hielt Donnerstag mittag seine Schlussföhung ab. Präsident Zaleski erinnerte in einer Rede an den 16. Januar 1920, wo der Völkerverdrat zum ersten Male zusammentrat. Zwischen alle Völk-

stelle der Völkerverdrat den Schußwall der Christen und der Verträge.

Der spanische Botschafter in Paris, Quinones de Leon, zählte die Namen der inzwischen verstorbenen Teilnehmer der ersten Ratstagung auf. — Präsident Zaleski teilte dann noch mit, daß ihm zahlreiche Glückwünschelegramme zum 10. Jahrestag zugegangen seien. Er verlas u. a. ein Danktelegramm des deutschen Reichskanzlers für die Rundgebung zu Ehren Stresemanns. Damit war die kürzeste Sitzung des Völkerverdrates nach dreieinhalbstägiger Dauer beendet.

Französisch-italienische Annäherung?

Briand sucht Grandi auf.

Paris. Der französische Außenminister Briand hat in Genf eine wichtige Unterredung mit dem italienischen Außenminister Grandi gehabt. Gegenstand der Besprechung war nicht nur die bevorstehende Londoner Sachverständigenkonferenz, sondern auch das nordafrikanische Problem sowie die Frage der Niederlassung italienischer Staatsangehöriger usw. In der Lösung dieses Problems soll ein Fortschritt erzielt worden sein. In der Haltung der beiden Regierungen in der Seebarbaritätenkonferenz hat sich nichts geändert.

Sindenburg Ehrenbürger von München

Am Donnerstag ist durch die beiden Münchener Bürgermeister Dr. Schornagl und Dr. Käfer im Auftrage des Münchener Stadtrates dem Reichspräsidenten von Hindenburg in Berlin die Ernennung zum Ehrenbürger der Stadt München überreicht worden. Die Urkunde, die ausgehört ist von Frau Prof. Anna Simons-München, hat nachstehenden Wortlaut:

„Der Stadtrat Münchens hat am 9. November 1929 beschlossen, seiner Ehre, dem Herrn Reichspräsidenten Generalmarschall von Hindenburg und von Sindenburg, dem verdienten Schlichter der deutschen Heimat, dem bewährten Heerführer der deutschen Kruppen, dem Vorbild treuer Pflichtenfüllung in der Zeit der Not des Vaterlandes, als Zeichen der Dankbarkeit und der aufrichtigen Freude, die der alljährliche Erholungs-aufenthalt des Herrn Reichspräsidenten in der schönen bayerischen Heimat in unserem Lande ausstößt, das Ehrenbürgerrecht von München, der Landeshauptstadt von Bayern, zu verleihen.“

Polen bringt sich selbst ins Verderben.

Die rücksichtslose Verfolgung der nationalen Minderheiten. Warschau. Im polnischen Parlament gab im Namen des Deutschen Klubs Abgeordneter Utko eine Erklärung ab, worin er die Feststellung machte, daß die Unterdrückungspolitik gegenüber den deutschen Minderheiten in Polen in unermindeterem Maße fortwähre, wodurch ihnen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens unerträglicher Schäden zugefügt werde. Das höchste Gut eines jeden Volkes, das deutsche Schulwesen in Polen, sei zerstört worden. Ja,

nicht einmal vor der Kirche und vor Bethäusern mache diese Vernichtungspolitik Halt.

Durch Liquidationen und Agrarreform werde der Lebensraum des Deutschtums in Polen in empfindlichster Weise geschnitten. Die Interventionen der deutschen Abgeordneten bei der Regierung werden ständig ignoriert. Die letzte Erklärung des Ministerpräsidenten Bartel zur Minderheitenpolitik könnte die Deutschen in keiner Weise befriedigen, da sie völlig nichtsagt. Der Deutsche Klub müsse deshalb zunächst konkrete Taten der neuen Regierung abwarten, von denen er dann seine weitere Haltung ihr gegenüber abhängig machen werde.

Auch die Redner der Ukrainer und der Weißrussen griffen die Regierung auf das heftigste an. Die bisherige Minderheitenpolitik Polens habe völlig versagt und nur Unheil im Lande gestiftet. Deren Fortsetzung werde Polen zum Verderben führen.

Ausflug zur Londoner Flottenkonferenz.

MacDonald vor der Presse.

London. Der englische Ministerpräsident MacDonald empfing die Vertreter der englischen und ausländischen Presse im Außenamt. Dieser Empfang war als eine Art Ausflug für die Flottenkonferenz gedacht. Der Standpunkt der britischen Regierung für die bevorstehende Konferenz läßt sich nunmehr wie folgt darlegen: Großbritannien und die Verbindlichkeiten auf Grund der Optionsklausel als Grundlagel, die nicht nur eine Selbstverpflichtung rechtfertigen, sondern sogar notwendig machen. Die Rüstungsverminderung und vor allem die Beteiligung des Rüstungswettbewerbs werden von der Welt-Öffentlichkeit gebilligt und sogar verlangt.

Amerika gegen England.

Der Vorschlag MacDonalds, auf der Londoner Konferenz die völlige Abschaffung der Schlachtschiffe in Erwägung zu ziehen, findet jedoch in Amerika keine Gegenliebe. Wie verlautet, sieht Staatssekretär Stimson selbst in den Schlachtschiffen das Rückgrat der amerikanischen Flotte.

Grzesinski kündigt das Verbot von Parteien an.

Im Hauptauschuß des Preussischen Landtages begann die Beratung des Innenrats. Der Berichterstatter, Abg. Seilmann (Soz.), fragte angelehnt der Kürzung der Mittel für Kriminalpolizei und Schutzpolizei, ob bei der starken Zunahme der Unruhen in der letzten Zeit eine solche Kürzung zu rechtfertigen sei.

Minister Grzesinski ging in ausführlicher Rede auf diese Frage ein. Die radikale Agitation der Fröhenpartei habe im Zusammenwirken mit der wirtschaftlichen Notlage wieder zu blutigen Zusammenstößen geführt. Mahnungen an die Parteien zu richten, gebe er auf. Er werde nicht zurückweichen vor dem Verbot von Parteien oder Organisationen, sobald die gesetzlichen Grundlagel dafür vorliegen. Die Nachmittage des Staates reichen aus, um ein Umflüchtigen von Unruhen auf jeden Fall zu verhindern.

Sodann ging der Minister auf die verschiedenen neuen Gesetzesmaßnahmen ein. Er betonte, daß bei der Durchführung des Umgebungsgesetzes und der Aufhebung der Güterbezirke viel wesentliche Schwierigkeiten nicht ergeben hätten. Auf regionalem Gebiete

Bei der Verwaltungsreform weiterzuführen.

Kleinere Kreise seien zusammenzulegen, um sie leistungsfähig zu erhalten. Bei der Grenzpolizei sei zu bedauern, daß ein fester Betrag angelehnt der Finanzlage des Staates nicht eingeholt werden könne. Die bisherigen Beschlüsse des Unterausschusses der Rätekonvention seien keine geeignete Grundlage für eine Verwaltungsreform.

Was die Polizeiverordnungen anlangt, so würden die vor 1900 erlassenen Bestimmungen demnach aufgehoben werden. Die Gültigkeit der kommenden Polizeiverordnungen sei auf 30 Jahre zu beschränken. Die Frage über eine Staatsverwaltungsreform würden voraussichtlich noch in diesem Frühjahr dem Landtag zugehen. Dazu gehöre die Zusammenfassung der Landesfiskusverwaltung und der Schulverwaltung bei den Regierungspräsidenten. Das Selbstverwaltungsrecht werde ferner eine

Neuregelung der Staatsaufsicht über die Selbstverwaltung

enthalten. Staatsaufsicht bedeute Aufsicht, nicht Mitverwaltung. Es sei falsch, von einem Verlegen der Staatsaufsicht in den Kommunen zu sprechen.

Dann kritisierte der Abg. Kinkel (Dn.) u. a. das Vorgehen des Landrats von Witt-Nagut, Dr. Penner, der sich den Verleger der Kreiszeitung habe kommen lassen und ihm Vorhaltungen über eine Einladung gemacht habe, die in seiner Zeitung erschienen sei, zu einer Rundgebung gegen die Kriegsschuldfrage. Der Redner belegte den Fall dokumentarisch.

Anfiedlung deutsch-russischer Flüchtlinge in den östlichen Grenzprovinzen.

Auf Grund von Verhandlungen des Reichskommissars für Flüchtlingsfürsorge haben die preussische Regierung und die ostpreussische Landwirtschaftstammer die Unterbringung von 220 Familien deutscher Bauernflüchtlinge aus Rußland in Ostpreußen genehmigt. Diese Familien sollen als Landarbeiter auf ostpreussischen Gütern oder in den Forsten beschäftigt werden. Außerdem plant man eine großzügige Siedlung, um diese Bauernflüchtlinge dauernd in Ostpreußen anzusiedeln. Die preussische Regierung hat einen größeren Kredit bereit gestellt, mit dem vorläufig drei Güter angekauft werden sollen. Man hofft, weitere Flüchtlinge in den anderen östlichen Grenzprovinzen sesshaft zu machen. Voraussetzungen werden deutsch-russische Bauernfamilien auch in Pommern und in den nieder-schlesischen Grenzmarken angeleitet werden.

180 deutsche Bauernfamilien aus Rußland, die in dem Lager Mülln untergebracht waren, haben von Hamburg aus ihre Reise nach Brasilien angetreten. Diese Deutsch-Russen sollen in der deutschen Kolonie Samonia im brasilianischen Binnenland Landereien zugewiesen werden.

Japan über London enttäuscht.

Die japanische Admiralität hat Anweisung an die an der Londoner Flottenkonferenz teilnehmenden japanischen Sachverständigen gesandt, sich vorläufig jeder Erörterung über Fragen, die sich auf Großkampfschiffe und Flugzeugmutterchiffe beziehen, zu enthalten, da in diesen beiden Punkten eine Verständigung zwischen England und Japan noch nicht erreicht wurde. In japanischen Flottenkreisen wird die Enttäuschung über den bisherigen Verlauf der Vorbesprechungen mit der britischen Regierung nicht verborgen.

Man sieht, auf der Londoner Konferenz für Flottenanpassung werden die Gegenstände nicht gering sein. Von Abklärung ist überhaupt nicht die Rede. Wenn nicht alles klappt, wird auch die Londoner Konferenz wie die vorangegangenen Rüstungskonferenzen ausgehen wie das Hornberger Schießen.